

Reise in ein Land voller Probleme

Bemerkungen zur Mexiko-Reise von Papst Benedikt XVI. im März 2012

Von Historikerin Prof. Dr. Silke Hensel, Münster

Papst Benedikt XVI. reist Ende März nach Mexiko. Er kommt in ein Land voller Probleme. Zwei Themen bestimmen die Debatte: der andauernde Krieg von Militär und Polizei gegen die Drogenkartelle und der Präsidentschaftswahlkampf. Beide Themen sind eng miteinander verwoben. Seitdem Präsident Felipe Calderón bei seinem Amtsantritt 2006 den Kampf gegen die Drogenmafia zum wichtigsten politischen Ziel seiner Amtszeit erklärte, ist der Konflikt eskaliert. Mehr als 50.000 Tote sind zu beklagen, darunter viele Zivilisten. Verantwortlich ist nicht nur die Drogenmafia. Auch Polizei und Militär haben Menschenrechte massiv verletzt. Wenn im Juli ein neuer Präsident gewählt wird, muss Calderóns Partei, der katholische, konservative „Partido de Acción Nacional“ (PAN) mit einer Niederlage rechnen. Die Rückkehr der „Partei der institutionalisierten Revolution“ (PRI) an die Macht ist jedenfalls nicht ausgeschlossen.

Welche Botschaft wird der Papst mit seinem Besuch transportieren? Zu befürchten steht, dass er seinen konservativen Weg weitergehen wird und sich den Bischöfen Mexikos anschließt, die in ihrer überwiegenden Mehrheit die Machthabenden unterstützen – die Reise des Papstes dürfte damit zur Wahlkampftour für den PAN werden.

Kein Wort über die Menschenrechtsverletzungen von Polizei und Militär im Drogenkrieg oder die weit verbreitete Korruption verliert etwa der Bischof von San Cristóbal de las Casas, Felipe Arizmendi Esquivel, in seinen Äußerungen zum bevorstehenden Papstbesuch auf der Homepage der Bischofskonferenz seines Landes. Er beklagt zwar die vielen Toten im Drogenkrieg. Der Regierung sei jedoch kaum ein Vorwurf zu machen, da sie dem Treiben der Drogenkartelle nicht einfach zusehen könne. Für die katholische Kirche steht fest, dass der Zerfall der Familie und die freier werdende Sexualitätsmoral neben ökonomischer Ungleichheit verantwortlich sei für die schlechten Sicherheitslage Mexikos. So führen angeblich Scheidungen, Ehebruch und die Vermittlung lockerer Umgangsformen im Fernsehen dazu, dass Jugendliche keine Werte mehr hätten. Diese Logik lastet einem „modernen“ Lebenswandel ganz allgemein die Schuld an für die katastrophale Situation des Landes.

Wie eine Pikanterie am Rande mag es da anmuten, dass der mexikanische Gründer des konservativen Ordens der „Legionäre Christi“, Marcial Maciel, Karriere in der Kirche machen konnte, obwohl schon in den 1950er Jahren Vorwürfe gegen ihn wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern erhoben worden waren, die in den folgenden Jahrzehnten mehrfach und gut belegt wiederholt wurden. Papst Johannes Paul II. lobte Maciel noch 1994 als einen Anführer der Jugend und ehrte ihn 2004 mit einer Zeremonie im Vatikan.

Erst 2006 musste Maciel im Rahmen des Missbrauchsskandals der katholischen Kirche zurücktreten. Den Opfern des Missbrauchs durch Angehörige der katholischen Kirche, die es auch in Mexiko zahlreich gibt, gewährt der Papst keine Audienz.

Das organisierte Verbrechen stellt in Mexiko schon länger ein gravierendes Problem dar. Der Drogenexport in die USA sowie der Waffenimport aus den USA spielen dabei eine zentrale Rolle, längst sind aber auch andere Geschäftsbereiche wie der Menschenhandel eine wichtige Einnahmequelle krimineller Händler geworden. Der Versuch der Regierung der vergangenen Jahre, das Problem rein militärisch zu lösen, führte bisher zu keinem Erfolg. Im Gegenteil, er bewirkte bei der Drogenmafia einen Strategiewechsel: Waren früher die Opfer von Morden überwiegend innerhalb des Personals der Kartelle zu finden, so dienen Angriffe auf die Zivilbevölkerung nun dazu, die eigene Macht zu demonstrieren und zu zeigen, dass der Staat sein Gewaltmonopol verloren hat.

Solange die Drogenkartelle Unterstützer in allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen haben und nichts gegen die Korruption in staatlichen Behörden unternommen wird, kann die Regierung diesen Krieg nicht gewinnen. Notwendig wäre ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption und eine soziale Sicherung der Bevölkerung. In vielen Orten finden sich aufgrund der Drohungen der Drogenkartelle kaum noch Freiwillige für das Bürgermeisteramt oder die Leitung der Polizei. Besonders problematisch ist die Situation in den nördlichen Bundesstaaten, es sind aber auch immer mehr Regionen im Zentrum des Landes betroffen.

Die Kirche ist an den mexikanischen Konflikten nicht unbeteiligt. Zwar sieht sie sich als wichtige moralische Instanz, trotzdem sind ihre Angehörigen – durchaus auch Mitglieder der Amtshierarchie – in dunkle Geschäfte der Drogenmafia verwickelt. Am häufigsten ist die Kirche wohl an Geldwäsche beteiligt, wenn sie Drogengelder für Kirchenbauten und ähnliche Maßnahmen akzeptiert. So überraschend es anmutet, sind Drogenbosse doch an ihrem Seelenheil interessiert, das sie mit „frommen Stiftungen“ zu befördern glauben. So gibt es mehrere neuere Kirchenbauten, die mit Geld aus illegalen Geschäften finanziert wurden. Den Pfarrern vor Ort bleibt häufig gar keine andere Wahl, als das Geld zu akzeptieren, droht ihnen doch sonst die Rache der Mafia. Dagegen wiegt im Zweifelsfall die Kritik der Amtshierarchie geringer.

Es gab und gibt zudem immer wieder Gerüchte über Verstrickungen von kirchlichen Würdenträgern in Drogengeschäfte. 1993 wurde der Erzbischof von Guadalajara, Juan Jesús Posada Ocampo, auf dem Flughafen von Guadalajara erschossen. Die offizielle Version lautete, der Bischof sei in eine Auseinandersetzung rivalisierender Drogenbanden geraten. Der damals noch regierende PRI stellte hingegen den Bischof selbst in die Nähe von Drogenkartellen. Diese Theorie wurde allerdings von einer damals schon in erhebliche Bedrängnis gebrachten Regierungspartei verbreitet, so dass die Vermutung, der PRI selbst könnte hinter dem Mord gestanden haben, mindestens ebenso plausibel ist. Zehn Jahre später wurde Anklage gegen den Nachfolger von Posadas Ocampo, Bischof Juan Sandoval Íñiguez, wegen Geldwäsche und Drogenhandel erhoben, die allerdings mit der Erklärung seiner Unschuld endete. Gerüchte über die

Verwicklung von Personen aus dem Umkreis des Bischofs hielten sich aber hartnäckig. 2005 schließlich äußerte der Bischof von Aguascalientes, Ramón Godínez, die Ansicht, dass die Annahme von Drogengeldern durch die katholische Kirche kein Problem sei, weil dieses Geld – vorausgesetzt es werde in guter Absicht gegeben – „gereinigt“ werden könne.

Die öffentliche Debatte um die Haltung der Kirche zum Problem der Geldwäsche sowie zu der Frage, ob das Beichtgeheimnis für Mitglieder der Drogenkartelle gelte, flammte in den vergangenen Jahren immer wieder auf. Dies liegt auch an der traditionell starken antiklerikalen Haltung in der Gesellschaft, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Seit dem 19. Jahrhundert, besonders aber seit der mexikanischen Revolution, die 1910 begann, war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche angespannt. Die Revolutionäre wandten sich gegen die Kirche, weil diese Diktator Porfirio Díaz (1876-1910) unterstützt hatte. Befeuert wurde die Gegnerschaft zusätzlich durch die Neugründung der Katholischen Partei, die einen Putsch gegen den ersten revolutionären Präsidenten, Francisco Madero, unterstützte.

Die Verfassung von 1917 übernahm von der liberalen Verfassung von 1857 die strikte Trennung von Staat und Kirche. Darüber hinaus enthielt sie einige für die Kirche sehr nachteilige Grundsätze. So verlor die Kirche den Status einer juristischen Person und der Besitz von Immobilien wurde ihr untersagt. Der Staat erhielt weitreichende Eingriffsrechte in kirchliche Belange und konnte beispielsweise die Zahl der Priester bestimmen. Für das Priesteramt kamen nun außerdem ausschließlich Mexikaner in Frage. Weiterhin sollte der Unterricht streng laizistisch gehalten sein, das Ordensgelübde wurde als Freiheitsberaubung eingestuft und untersagt, Priester erhielten weder das aktive noch das passive Wahlrecht.

Eine nochmalige Verschärfung der antiklerikalen Gesetzgebung unter Präsident Plutarco Elias Calles in den 1920er Jahren führte zu einem Aufstand, der Cristiada (1926-1929), in dem sich die überwiegend bäuerliche Bevölkerung einiger Bundesstaaten gegen die antiklerikale Gesetzgebung wandte, weil sie sie als unzulässigen Eingriff des Staates in ihre Lebensweise ansah. Die Cristiada endete mit einer Lösung, die in den folgenden Jahrzehnten für das Regime typisch werden sollte: Regierung und Kirche kamen überein, dass die Verfassung von 1917 unverändert in Kraft bleiben sollte, die antiklerikalen Bestimmungen sollten aber nicht durchgesetzt werden. Im Gegenzug verpflichtete sich die Kirche, sich von politischen Aktivitäten fern zu halten. Zwar hielt der 1929 gegründete und bis 2000 kontinuierlich an der Macht bleibende PRI in seiner Rhetorik am Antiklerikalismus fest. Das war dem Umstand geschuldet, dass die Partei immer weiter nach rechts driftete und den Antiklerikalismus als Ersatz für andere revolutionäre Ziele nutzte. Dahinter verbarg sich jedoch ein recht entspannter Umgang mit der Kirche. Die Kirchenhierarchie ihrerseits hielt sich nicht nur mit Kritik an den undemokratischen Verhältnissen zurück und ein großer Teil der Amtsträger unterstützte den PRI.

Seit den 1960er Jahren entstanden innerhalb der Kirche bis hinauf in den Episkopat zwar Strömungen, die sich offen gegen die Regierung stellten. Die erfolgreiche kubanische

Revolution, zahlreiche Guerillabewegungen und die sogenannte Dependenztheorie brachten auf politischer ebenso wie wissenschaftlicher Ebene die bestehenden sozialen Verhältnisse mit einem großen Anteil von Armen an der Gesamtbevölkerung in die aktuellen Debatten. Verstärkt wurde dies durch die Wirtschaftskrise 1976 und die lateinamerikanische Verschuldungskrise, die mit dem 1982 erklärten Schuldenmoratorium Mexikos ihren Anfang nahm.

Die Unfähigkeit der mexikanischen Behörden, auf das verheerende Erdbeben in Mexiko-Stadt 1985 zu reagieren, verschärfte das Legitimationsdefizit des Regimes erheblich. Der Widerstand gegen den seit den 1970er Jahren ebenfalls immer sichtbarer werdenden Wahlbetrug wuchs, so dass 1988 mit Carlos Salinas de Gortari ein PRI-Präsident ins Amt kam, der nur noch mit knapper Not die Stimmmehrheit in den Wahlen hatte erlangen oder besser durch massiven Wahlbetrug „erschleichen“ können. Salinas, ein in Chicago ausgebildeter Technokrat, schlug nicht nur in der Wirtschaftspolitik einen neoliberalen Weg ein. Er versuchte außerdem, wiederum ganz typisch mexikanisch, zumindest einige der Gegner mit Zugeständnissen zu kooptieren.

Die katholische Kirche war sich in ihrer Haltung zum Regime nicht einig. Ein Teil der Bischöfe begann, die Regierung zu kritisieren. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) und vor allem die Befreiungstheologie, eine christliche Theologie, die die Armen aus ihrer Unterdrückung „befreien“ will, trugen in erheblichem Maße zu diesem Wandel bei. Im Süden des Landes, wo der Anteil der indigenen Bevölkerung besonders groß ist, führte die von Befreiungstheologen propagierte „Option für die Armen“ dazu, dass die Kirche sich diesem diskriminierten und in Armut lebenden Teil der Bevölkerung zuwandte. Der im vergangenen Jahr verstorbene Bischof Samuel Ruiz war einer derjenigen Mitglieder des mexikanischen Episkopats, die sich immer wieder für die Belange der indigenen Bevölkerung einsetzten und dafür vom Regime ebenso wie von der Mehrheit des Episkopats sowie vom Vatikan kritisiert wurde. Seit dem Aufstand der Neo-Zapatisten 1994 in Chiapas nahm Ruiz als Vermittler zwischen den Aufständischen und der Regierung eine wichtige öffentliche Rolle ein. Seit der Jahrtausendwende ist mit seiner Emeritierung und der kurz darauf erfolgten Emeritierung des Bischofs von Tehuantepec, Arturo Lona Reyes, jedoch kein Befreiungstheologe mehr im Episkopat. Einzig Bischof Raúl Vera aus Saltillo kritisiert die Drogenpolitik der Regierung ebenso wie die Kartelle selbst und die Vernachlässigung der armen Bevölkerungsteile noch öffentlich.

Neben der befreiungstheologischen Tendenz im Süden des Landes stellte die Kirche in den nördlichen Bundesstaaten seit den frühen 1980er Jahren eine wichtige Stimme in der wachsenden Bewegung gegen den institutionalisierten Wahlbetrug in Mexiko dar. Dies erreichte bei den Gouverneurswahlen 1986 in Chihuahua einen Höhepunkt, als der Erzbischof von Chihuahua, Adalberto Almeida y Merino, aus Protest gegen die offensichtliche Wahlfälschung die Schließung der Kirchen ankündigte. Diese Drohung machte er allerdings nicht wahr, weil der Episkopat und der apostolische Nuntius ihn daran hinderten.

Dass die katholische Kirche sich teilweise vom Regime abwandte, sehen einige Experten in einem weiteren Zusammenhang: Seit den 1970er Jahren gewannen protestantische Freikirchen vor allem aus den USA erheblichen Einfluss gerade bei der armen und indigenen Bevölkerung. Der Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung stieg bis heute auf mehr als zehn Prozent, in einigen Bundesstaaten und Bevölkerungsgruppen liegt er noch wesentlich höher. Die Konkurrenz auf dem religiösen Markt führte dazu, dass auch die katholische Kirche begann, sich um die Belange der Bevölkerung und deren Kritik an der PRI-Herrschaft zu kümmern. Interessanterweise griff sie im Kampf um die Gläubigen auf eine typische PRI-Rhetorik zurück, wenn sie den wachsenden Einfluss der Protestanten auf den „US-Imperialismus“ zurückführt.

Während der Präsidentschaft von Salinas Gortari (1988-1994) trafen der zunehmende Legitimationsverlust des Regimes und die wachsende Kritik auch der Kirche aufeinander. Salinas antwortete darauf mit einem Plan für eine Verfassungsreform, die 1992 vom Parlament beschlossen wurde. Mit der Reform machte der Staat der Kirche gegenüber wichtige Zugeständnisse. Der geänderte Artikel 130 übertrug der Kirche den Status einer Rechtsperson. Religionsgemeinschaften wurden Besitzrechte zugesprochen, Religionsunterricht durch Priester und Ordensleute wurde in Privatschulen erlaubt, das Ordensgelübde wurde wieder zugelassen und Priester erhielten das aktive Wahlrecht sowie das passive, sofern sie mindestens fünf Jahre zuvor ihr kirchliches Amt aufgegeben hatten. Mit dieser Reform gelang es dem PRI, die katholische Kirche zumindest teilweise ruhig zu stellen. Allerdings vermochte er es nicht, die Kritik von Klerikern am Regime insgesamt zu unterbinden.

Der Einfluss der Kirche auf den Prozess, der 2000 zur Abwahl des PRI führte und die katholische und konservative Partei PAN an die Macht brachte, darf jedoch nicht zu hoch bemessen werden. Schließlich war die Kirche nur ein Akteur unter vielen und die Formierung von sozialen Bewegungen, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie neuer Parteien leisteten einen größeren Beitrag zum politischen Wandel.

Mit dem Wechsel zu Präsident Vicente Fox stellte sich die Kirchenhierarchie erneut in großen Teilen auf die Seite der Regierung und erhielt dabei Unterstützung vom Vatikan. 2002 sprach Papst Johannes Paul II. mit Juan Diego den ersten Indigenen Amerikas heilig, weil ihm 1531 in der Nähe von Mexiko-Stadt die Jungfrau Maria von Guadalupe erschienen sein soll. Mit dieser Heiligsprechung, für deren feierliche Inszenierung Johannes Paul II. seine fünfte Mexiko-Reise absolvierte, stärkte die Kirche die Allgegenwärtigkeit der Verehrung der Jungfrau von Guadalupe in der mexikanischen Alltagskultur und hoffte, damit den eigenen Einfluss im Land zu steigern. Bei der indigenen Bevölkerung ist dieser Akt allerdings auf einiges Unverständnis gestoßen, zumal Juan Diego eher als Spanier denn als Indigener dargestellt wurde.

Seit dem Regierungsantritt von Vicente Fox ist die katholische Kirche in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wieder sehr präsent. So äußert sie sich, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Drogenkrieg, regelmäßig zu Themen wie Familie, Sexualität und Schwangerschaft. Ihr Familienideal ist ausgesprochen konservativ und die Rechte von

Frauen zählen nicht viel. So brachten Kirchenvertreter in Baja California ein 14-jähriges, durch eine Vergewaltigung schwangeres Mädchen dazu, keine Abtreibung vornehmen zu lassen, obwohl sie aus juristischer Sicht das Recht dazu hatte.

Der Papst besucht Ende März ein zerrissenes Land, in dem die meisten Bischöfe der konservativen Regierung offen ihre Unterstützung zeigen. Sein Ziel ist der Bundesstaat Guanajuato, der zu den katholischsten und konservativsten Regionen Mexikos gehört. Hier regiert der PAN seit 20 Jahren ununterbrochen. Vicente Fox kommt aus dieser Region – seine Partei hat hier eine wichtige Basis. Selbst wenn der Vatikan die Reise ursprünglich nicht im Zusammenhang mit dem Wahlkampf plante, wird der Besuch in Mexiko ohne Frage in diesen politischen Zusammenhang gestellt und die Reise als Unterstützung für den PAN gesehen. Die Kirche scheint aus den Problemen der Vergangenheit und dem beginnenden Bedeutungsverlust gegenüber anderen Religionsgemeinschaften nicht viel gelernt zu haben. Statt sich als unabhängige Stimme zu Wort zu melden und neue Perspektiven für eine friedliche Zukunft aufzuzeigen, unterstützt sie ein weiteres Mal die Machthabenden. Dabei befände sich Papst Benedikt in der besten Lage, die Verantwortlichen der Drogenkartelle ebenso zu kritisieren wie die Korruption im Land. Er verlässt Mexiko am 29. März wieder und muss die Rache der Kartelle deshalb nicht fürchten.

Hinweis: Die Autorin Prof. Dr. Silke Hensel ist Historikerin am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Sie leitet das Cluster-Projekt D 10 „Zwischen Unterstützung autoritärer Regime und Verteidigung der Menschenrechte. Die katholische Kirche in Chile und Argentinien während der Militärdiktaturen der 1970er und 1980er Jahre“. Außerdem beschäftigt sie sich schon lange mit der Geschichte Mexikos.